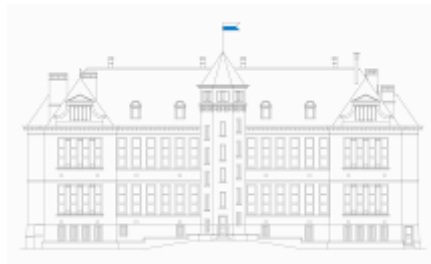


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

TSCHECHISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: DREI GIPFELTREFFEN ANFANG MAI IN PRAG

Die tschechische Ratspräsidentschaft veröffentlichte am 14.04.2009 Einzelheiten über drei Gipfeltreffen zu Beschäftigung, Östliche Partnerschaft und den „Südlichen Energiekorridor“, die am 7./8. Mai in Prag stattfinden. Diese werden noch von dem kommissarisch amtierenden tschechischen Premierminister *Mirek Topolánek* geleitet, da dessen Nachfolger *Jan Fischer* erst am 10. Mai sein Amt übernimmt.

<http://www.cz2009.eu/>

INFORMELLER EU – USA GIPFEL: TÜRKEIBEITRITT UMSTRITTEN

Beim informellen Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs mit US-Präsident *Barack Obama* am 05.04.2009 warb *Obama* in Prag für eine atomwaffenfreie Welt. Außerdem betonte die amerikanische Seite die Wichtigkeit des Klimaschutzes und näherte sich den Positionen der EU an. Neben den Themen Iran, Afghanistan, Naher Osten und Pakistan stand bei der zweistündigen Runde auch Guantanamo auf der Tagesordnung, wobei die USA auf eine rasche Entscheidung der EU über die Aufnahme von Häftlingen drängte. Gemischte Reaktionen verursachte *Obamas* Unterstützung für eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU. Frankreichs Präsident *Nicolas Sarkozy* und Bundeskanzlerin *Angela Merkel* bekräftigten ihre Ablehnung eines Beitritts. Ein offizieller EU – USA-Gipfel ist Anfang Juni in Washington zu erwarten.

<http://www.eu2009.cz/scripts/modules/diary/action.php?id=3391>

50 JAHRE NATO: STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Im Zentrum des Jubiläumsgipfels der NATO am 03./04.04.2009 in Baden-Baden, Kehl und Straßburg standen die Anerkennung der Bedeutung einer stärkeren Europäischen Sicherheitspolitik und die neue Afghanistan-Strategie. Außerdem kehrte Frankreich in die NATO-Kommandostruktur zurück. Als neuer Generalsekretär der NATO wurde der bisherige dänische Ministerpräsident *Anders Fogh Rasmussen* nach Aufgabe des Widerstands der Türkei ernannt.



<http://www.nato.int/docu/comm/2009/0904-summit/index.html>

G-20-GIPFEL: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Die stärksten Wirtschaftsnationen der Welt (G-20) einigten sich bei ihrem Gipfel am 02.04.2009 in London auf eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen und eine Stützung der Weltwirtschaft mit insgesamt 1.100 Milliarden Dollar, insbesondere über den IWF. Davon sollen auch die von der Wirtschaftskrise stark betroffenen osteuropäischen Länder profitieren. Weitere nationale Konjunkturprogramme, die im Vorfeld gefordert wurden, kamen jedoch nicht mehr zur Sprache. Zudem sollen die Finanzmärkte strengeren Regeln unterworfen werden, die erstmals auch für Hedgefonds gelten. Zusammen mit dem IWF ist ein Frühwarnsystem gegen globale Finanzkrisen vorgesehen. Die G-20-Staaten unterstützen darüber hinaus die schwarze Liste der OECD für unkooperative Steueroasen (siehe auch Beitrag des StMF).

<http://www.londonsummit.gov.uk/en/media-centre/latest-news/?view=News&id=15766937>

INFORMELLER AUßENMINISTERRAT: AUSWIRKUNGEN DER INNENPOLITISCHEN KRISE IN TSCHECHIEN AUF DIE EU

Auf dem informellen Rat unter Vorsitz des tschechischen Außenministers *Karel Schwarzenberg* am 27./28.03.2009 stand nach dem Scheitern der Regierung *Topolánek* laut Presseberichten insbesondere die Frage der für April vorgesehenen Ratifizierung des Lissabonvertrages im tschechischen Senat und die Konsequenzen eines möglichen Scheiterns für die EU-Erweiterungspolitik im Mittelpunkt der Diskussionen.

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 23. – 26.03.2009 IN STRAßBURG UND DER MINIPLNARSITZUNG AM 01./02.04.2009 IN BRÜSSEL

Schwerpunkte der Plenardebatte in Straßburg war die Vorbereitung des G-20-Gipfels mit dem derzeitigen Vorsitzenden der G-20, dem britischen Premierminister *Gordon Brown*, und die Präsentation der Ergebnisse des Europäischen Rates (ER) durch den am Tag zuvor als tschechischen Ministerpräsidenten abgewählten EU-Ratsvorsitzenden *Mirek Topolánek*. Dieser versicherte, dass seine Abwahl keine Auswirkungen auf die tschechische Ratspräsidentschaft habe. Für Aufsehen sorgte seine Äußerung, das Konjunkturprogramm der USA



sei „ein Weg zur Hölle“. Im außenpolitischen Bereich bezeichnete das EP die Rolle der EU in der UN als „aufrichtige Vermittlerin“, sprach sich für eine noch engere und koordinierte Partnerschaft mit den USA aus, forderte die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit Indien vor Ende 2010 und bewertete den Stand der Zusammenarbeit mit Afrika. Bei dem Miniplenium in Brüssel unterstützte das EP im Konsultationsverfahren die Ausweitung der Antidiskriminierungsrichtlinie, die im Ministerrat allerdings einstimmig angenommen werden muss.

Im gesetzgeberischen Bereich verabschiedete das EP in Straßburg nach vorheriger Einigung im Trilog in 2. Lesung eine neue Verordnung zu biometrischen Identifikatoren und Visumanträgen sowie in 1. Lesung den Einheitlichen Europäischen Luftraum, eine Neuregelung zu Kosmetika, zu Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen und zum Inverkehrbringen von Biozidprodukten. In 1. Lesung stimmte das EP über mehr Sicherheit bei neuartigen Lebensmitteln ab. Im Konsultationsverfahren unterstützte das EP höhere Steuern auf Tabakprodukte und lehnte eine nationale Kofinanzierung bei den Lebensmittelhilfen für Bedürftige ab. Im Rahmen von Initiativberichten sprach sich das EP für ein stärkeres Vorgehen gegen Genitalverstümmelungen, für einen stärkeren Schutz der Grundrechte in der virtuellen Welt sowie für die Untertitelung von Fernsehsendungen zur Stärkung der Sprachkompetenz aus, ließ aber die Forderung nach einem Verbot von Synchronisierungen fallen. Zudem befasste sich das EP mit den Lebensmittelpreisen in der EU. In Brüssel verabschiedete das EP nach vorheriger Einigung mit Rat und Kommission in 2. Lesung eine Verordnung zu Rückständen pharmakologisch wirksamer Stoffe in Nahrungsmitteln sowie in 1. Lesung die Überarbeitung der EMAS und der Umweltzeichen Verordnungen. In einem Initiativbericht wurde ein verbesserter Strahlenschutz gefordert (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/plenary_session_infopress/default/default_de.htm#box2009-03-23

KROATIEN: ERWEITERUNGSVERHANDLUNGEN VERTAGT

Vor dem Hintergrund der Blockade Sloweniens wegen des Grenzverlaufs zu Kroatien vertagte die tschechische Ratspräsidentschaft die für 23.03.2009 vorgesehene Beitrittskonferenz auf den 24.04.2009. Laut Presseberichten versucht die Kommission derzeit, eine Schlichtungskommission einzurichten, um die Verhandlungen weiterführen zu können.



EUROPAWAHL: GERINGE WAHLBETEILIGUNG BEFÜRCHTET

Aus einer am 14.04.2009 bekannt gewordenen Umfrage von Eurobarometer im Auftrag des Europäischen Parlamentes, die von Mitte Januar – Mitte Februar 2009 durchgeführt wurde, ergibt sich, dass derzeit 34 % der Wähler europaweit zur Wahl gehen werden, während 19 % nicht teilnehmen wollen. Die Prognose für die Wahlbeteiligung in Deutschland ist deutlich höher. Dort wollen 43 % der Wahlberechtigten an die Urne gehen, während 13 % fernbleiben wollen. Zum Vergleich: die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 lag in Bayern bei knapp 40 % und bundesweit bei 43 %.

Die Untersuchung wird in Kürze unter folgender Adresse veröffentlicht:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 06.04.2009 IN LUXEMBURG: INNENPOLITIK

Europol wird EU-Agentur und hat erstmals keinen deutschen Chef

Entscheidung über Aufnahme von Gefangenen aus Guantanamo fällt national – Informationsaustausch auf europäischer Ebene

Rahmenrichtlinie über Rechte von Arbeitnehmern aus Drittstaaten weiter strittig

PLENARTAGUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS: INNENPOLITIK

Verordnung zur Erfassung biometrischer Daten von Visaantragstellern endgültig verabschiedet

Weg zur Annahme des Visakodex ist frei

Ungezügelter Bautätigkeit in Spanien verurteilt

<http://www.europarl.europa.eu/activities/plenary/ta/calendar.do?language=DE>

LANDRÄTE UND REGIERUNGSPRÄSIDENT AUS OBERFRANKEN IN BRÜSSEL

Unter Leitung von Landrat Reinhard Leutner (Lichtenfels) kamen die Landräte Michael C. Busch (Coburg), Dr. Karl Döhler (Wunsiedel), Bernd Hering (Hof), Hermann Hübner (Bayreuth), Oswald Marr (Kronach) und Klaus-Peter Söllner (Kulmbach) gemeinsam mit Regierungspräsident Wilhelm Wenning und dem



Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistags, Johannes Reile, vom 30.03.-01.04.2009 nach Brüssel, um sich über kommunalrelevante EU-Themen zu informieren und den EU-Institutionen ihre Positionen vorzutragen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 6.4.2009 IN LUXEMBURG

Der Rat Justiz und Inneres behandelte am 6.4.2009 folgende Themen aus dem Bereich der Justiz- und Rechtspolitik:

Politische Einigung beim Rahmenbeschluss zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren

Konferenz „Status schutzbedürftiger Opfer in Strafverfahren“ am 17./18.3.2009

Sonstiges: Neue Vorschläge zur Verschärfung des Strafrechts; vorerst kein Verordnungsvorschlag zum Internationalen Erbrecht

VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUR ÜBERARBEITUNG DER RAHMENBESCHLÜSSE ZUR BEKÄMPFUNG DES SEXUELLEN MISSBRAUCHS UND DES MENSCHENHANDELS

Die Europäische Kommission hat am 25.3.2009 zwei Vorschläge für neue Rahmenbeschlüsse zur verstärkten Bekämpfung von Menschenhandel, sexuellem Missbrauch von Kindern, sexueller Ausbeutung und Kinderpornografie vorgelegt. Diese neuen Vorschläge ersetzen die bestehenden Rahmenbeschlüsse, die seit 2002 bzw. 2004 in Kraft sind.

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR ZAHLUNGSVERZUGSRICHTLINIE

Die Kommission hat einen Vorschlag über eine Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr veröffentlicht, der zu einer Neufassung der bereits bestehenden Richtlinie 2000/35/EG führen soll.

STELLUNGNAHME DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZU SAMMELKLAGEN BEI KARTELLRECHTSVERLETZUNGEN – KOMMISSION GEHT AUF KONFRONTATIONSKURS

In seiner Plenarsitzung am 26.3.2009 in Straßburg hat das Europäische Parlament seine Stellungnahme zum „Weißbuch Schadensersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts“ beschlossen. Entgegen den Vorstellungen des Parlaments (und früherer Zusagen) plant die Kommission nun aber



doch, ein begrenztes „opt-out“ System einzuführen.

MARKENSCHUTZ IN DER EU WIRD BILLIGER UND EINFACHER

Nach einem Beschluss der Kommission und der Mitgliedstaaten werden die Gebühren des EU-Markenamtes (Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt, HABM) in Alicante, Spanien, weiter gesenkt und das Registrierungsverfahren vereinfacht.

NEUE BEOBACHTUNGSSTELLE ZUR BEKÄMPFUNG DER MARKEN- UND PRODUKTPIRATERIE

Mit einer neuen Beobachtungsstelle will die Kommission die Marken- und Produktpiraterie bekämpfen. Angesichts immer größerer wirtschaftlicher Schäden durch Produktpiraterie richtet die EU eine auf das Phänomen spezialisierte Beobachtungsstelle ein.

KONSULTATION ZUR RECHTSLAGE BEI VERKEHRSUNFÄLLEN IM AUSLAND

Die Kommission geht der Frage nach, wie sich die derzeitige Rechtslage zu Schadensersatz für Opfer von Unfällen verbessern lässt, die sich im EU-Ausland ereignet haben.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

REVISION DES FINANZRAHMENS 2007 - 2013

Das EP nahm am 25. März 2009 den Initiativbericht zur „Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007 – 2013“ von MdEP Böge (EVP-ED/DE) an. Darin fordert es, dass eine realistische Halbzeitüberprüfung des EU-Haushaltes in drei Schritten erfolgen solle.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+TA+20090325+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20090325+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

KOMMISSION ERGREIFT WEITERE SCHRITTE IN DEN VERFAHREN WEGEN ÜBERMÄßIGER DEFIZITE GEGEN FRANKREICH, GRIECHENLAND, IRLAND, SPANIEN UND DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH

Die Kommission hat am 24. März 2009 festgestellt, dass Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland sowie das Vereinigte Königreich übermäßige Defizite



aufweisen und das Defizitverfahren gegen diese Länder auf die nächste Stufe gehoben. Dazu hat sie dem Rat empfohlen, ihre Stellungnahme zu übernehmen und Empfehlungen zu verabschieden, wie der Situation eines übermäßigen Defizits abgeholfen werden kann. Für den Defizitabbau setzt sie unterschiedlich lange Fristen. Die Mitgliedstaaten verfügen dann über sechs Monate, um darzulegen, welche Maßnahmen sie ergreifen wollen, um ihr jeweiliges Haushaltsdefizit abzubauen.

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article14582_en.htm

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGS-AUSSCHUSS DES EP NAHM AM 23. MÄRZ 2009 DEN BERICHT ÜBER DEN VORSCHLAG FÜR EINE VERORDNUNG ÜBER DIE RATING-AGENTUREN AN

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP nahm am 23. März 2009 den Bericht von MdEP *Gauzès* (EVP-ED/F) über den Vorschlag für eine Verordnung über die Rating-Agenturen an.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/organes/econ/econ_2009_0323_1900.htm

RUMÄNIEN ERHÄLT ZAHLUNGSBILANZHILFE VON 20 MRD. EURO

Rumänien erhält aus internationalen Quellen insgesamt rund 20 Mrd. €, um die Zahlungsfähigkeit des Landes zu sichern.

G20 EINIGT SICH AUF MAßNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrienationen und Schwellenländer einigten sich am 2. April 2009 auf gemeinsame Maßnahmen zur weiteren Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise. So sollen im Rahmen eines Maßnahmenbündels Hilfen in Höhe von 1100 Mrd. \$. (821 Mrd. €) bereitgestellt werden. Die G-20-Staaten vereinbarten darüber hinaus, alle für die Stabilität des Finanzsystems relevanten Akteure, Produkte und Märkte, lückenlos zu überwachen. Insbesondere auf Betreiben von Deutschland und Frankreich einigten sich die G-20-Vertreter darauf, eine schwarze Liste von vier unkooperativen Steueroasen zu veröffentlichen.



REGELUNGEN ZU RIESTERRENTE VERSTOßEN GEGEN EU-RECHT

Der Generalanwalt hat am 31. März 2009 in dem Vertragsverletzungsverfahren C-269/07 gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen diverser Regelungen zur Riesterrente die Ansicht vertreten, dass Deutschland in verschiedenen Punkten gegen EU-Recht verstoßen hat:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ÜBER ZAHLUNGSVERZUG VOR

Die Europäische Kommission hat am 8. April 2009 einen Entwurf zur Änderung der Richtlinie über Zahlungsverzug verabschiedet. Danach sollen öffentliche Stellen eine Vorbildfunktion erfüllen und Rechnungen grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen bezahlen. Bei der Evaluierung der Richtlinie aus dem Jahr 2000 (2000/35/EG) war die Kommission zu dem Ergebnis gekommen, dass es bei den Zahlungen von öffentlichen Stellen immer noch häufig zu Zahlungsverzug und in der Folge sogar zu Insolvenzen kleiner und mittlerer Unternehmen kommt. Deshalb hatte die Kommission die Überarbeitung im sog. „Small Business Act“ im Juli 2008 bereits angekündigt.

http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/late_payments/index.htm

G20 EINIGEN SICH AUF MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrienationen und Schwellenländern (G20) einigten sich am 2. April 2009 auf gemeinsame Maßnahmen zur weiteren Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie vereinbarten u. a., alle für die Stabilität des Finanzsystems relevanten Akteure, Produkte und Märkte, lückenlos zu überwachen. Zu den Ergebnissen im Einzelnen s. Beitrag im Bereich des StMF.

RAT VERABSCHIEDET KLIMA- UND ENERGIEPAKET ENDGÜLTIG

Der Ministerrat hat am 6. April 2009 formal das sog. „Klima- und Energiepaket“ verabschiedet. Nach der Verabschiedung im Plenum des Europäischen Parlaments im Dezember 2008 und der Einigung der Staats- und Regierungschefs



auf dem Europäischen Rat im Dezember (s. EB 22/2008), war das Gesetzespaket von den sog. „Sprachjuristen“ überarbeitet worden, bevor es der Rat nun formal verabschieden konnte (s. hierzu auch Beitrag im Bereich des StMUG).

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES VERKEHRSMINISTERRATES VOM 30. MÄRZ 2009

Die Verkehrsminister haben am 30. März 2009 eine Richtlinie zu sauberen Fahrzeugen für die öffentlichen Verwaltungen verabschiedet. Bezüglich eines sog. „Luffahrtpakets“ konnte der Rat eine politische Einigung erzielen. Aufgrund der vorhandenen Meinungsunterschiede konnte zur Novelle der sog. „Eurovignette-Richtlinie“ keine Einigung erzielt werden. Zu einem Aktionsplan über den Einsatz intelligenter Verkehrssysteme verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/107025.pdf

VERKEHRSAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BILLIGT KOMPROMISS ZUM SOG. „STRASSENVERKEHRSPAKET“

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 31. März 2009 die Einigung im Trilog zum sog. „Straßenverkehrspaket“ gebilligt. Dieses regelt den Zugang zum internationalen Güter- und Personenkraftverkehrsmarkt und zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers. Die Abstimmung im Plenum soll nun am 23. April 2009 erfolgen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-52903-089-03-14-910-20090330IPR52902-30-03-2009-2009-false/default_de.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUSSCHREIBUNGEN FÜR 2009 FÜR DAS TRANSEUROPÄISCHE VERKEHRSNETZ (TEN-V)

Die Europäische Kommission hat am 31. März 2009 die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für 2009 für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) veröffentlicht. Für die Finanzierung der TEN-V-Infrastrukturprojekte stehen Mittel in Höhe von fast einer Mrd. € zur Verfügung. Schwerpunkte sind neben Bauarbeiten, die 2009 oder 2010 beginnen und auch im Wesentlichen innerhalb dieser zwei Jahre durchgeführt werden (Europäisches Konjunkturprogramm), intelligente Straßenverkehrssysteme und das europäische Eisen-



bahnverkehrsleitsystem (ERTMS). Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen läuft bis zum 15. Mai 2009. Für den 22. April 2009 ist eine Informationsveranstaltung in Brüssel geplant.

http://tentea.ec.europa.eu/en/apply_for_funding/follow_the_funding_process/calls_for_proposals_2009.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT BESCHLIESST, INVESTITIONEN IN ENERGIEEFFIZIENZ UND ERNEUERBARE ENERGIEN IM WOHNUNGSBAU AUS EU-STRUKTUR-FONDSMITTELN ZU ERMÖGLICHEN

Das Europäische Parlament hat am 2. April 2009 beschlossen, dass EU-Strukturfondsmittel auch in Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wohnungsbau in allen Mitgliedstaaten investiert werden können. Da der Text mit dem Ministerrat abgestimmt ist, muss dieser nur noch formal zustimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/059-53216-091-04-14-910-20090401IPR53212-01-04-2009-2009-true/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2009-0127&language=DE>

EINIGUNG ZU RATING-AGENTUREN

Vertreter des Rates, des Europäischen Parlaments und der Kommission haben sich am 15. April 2009 auf einen Kompromiss zur künftigen Regulierung von Rating-Agenturen geeinigt. Zuvor hatte der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP am 23. März 2009 den Bericht von MdEP *Gauzès* (EVP-ED/F) verabschiedet (s. dazu Beitrag im Bereich des StMF).

EINIGUNG ZU DRITTEM ENERGIEBINNENMARKTPAKET

Die Botschafter der 27 Mitgliedstaaten haben am 27. März 2009 dem zwischen der tschechischen Ratspräsidentschaft, dem Europäischen Parlament und der Kommission ausgehandelten Kompromiss zum dritten Energiebinnenmarktpaket zugestimmt. In dem Kompromiss konnten sich die Mitgliedstaaten mit ihrer Forderung durchsetzen, dass es keinen Zwangsverkauf der Gas- oder Stromnetze geben muss. Dafür hatten sich vor allem Deutschland und Frankreich eingesetzt. Ebenfalls konnte die Gleichbehandlung des Strom- und Gassektors durchgesetzt werden. Europäisches Parlament und Ministerrat müssen der Einigung nun noch formal zustimmen. Die Entscheidung des EP ist für die Plenarsitzung vom 21. bis 24. April 2009 geplant.



KOMMISSION PRÄSENTIERT NEUES INTERNETPORTAL FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN

Vizepräsident und Industriekommissar *Günter Verheugen* hat auf dem „European Business Summit“ am 26. März 2009 ein neues Internetportal für kleine und mittlere Unternehmen vorgestellt. Über das neue Portal sollen Unternehmen auf einfache Weise Informationen erhalten, die sie brauchen, um in anderen EU-Mitgliedstaaten tätig zu werden. Das Portal wurde in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten entwickelt und ist Teil der Umsetzung des sog. „Small Business Act“.

Das Portal findet sich unter:

http://ec.europa.eu/youreurope/business/index_de.htm

EU-MITGLIEDSTAATEN BESCHLIESSEN NEUE VERBRAUCHSKENNZEICHNUNG FÜR ELEKTROHAUSHALTSGERÄTE

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich bei der Tagung des Regelungsausschusses für Ökodesign und Verbrauchskennzeichnung am 31. März 2009 für neue Regeln zur Verringerung des Energieverbrauchs mehrerer Produktgruppen ausgesprochen. Durch das Maßnahmenpaket werden verbindliche Anforderungen an die Energieeffizienz festgelegt und ein verbessertes System zur Kennzeichnung von Fernsehern und Haushaltsgeräten in Bezug auf ihren Energieverbrauch geschaffen. Die Maßnahmen beruhen auf der Ökodesign-Rahmenrichtlinie aus dem Jahr 2005 (RL 2005/32/EG).

KOMMISSION VERABSCHIEDET BESTIMMUNGEN FÜR STROMSPARENDE EXTERNE NETZTEILE

Die Kommission hat am 6. April 2009 eine Verordnung verabschiedet, die zu einer größeren Energieeffizienz externer Stromversorgungen führen soll. Deren Stromverbrauch soll bis 2020 um fast ein Drittel gesenkt werden. EU-Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament hatten der Regelung bereits zugestimmt. Die Standards treten 2010 für den aktiven Gebrauch der Stromversorgungen in Kraft und 2011 für den Stromverbrauch der Netzteile, wenn die daran angeschlossenen Geräte nicht in Gebrauch sind. Die Verordnung beruht ebenfalls auf der Ökodesign-Rahmenrichtlinie aus dem Jahr 2005 (RL 2005/32/EG).



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES VOM 23. MÄRZ 2009 IN BRÜSSEL

Auf dem Agrarrat am 23. März 2009 lehnte die Kommission die Vorschläge Deutschlands ab, die im Health-Check beschlossene Milchquotenerhöhung auszusetzen, machte aber Zugeständnisse im Bereich des Schulmilchprogrammes und kündigte Zwischenberichte zur Marktsituation im Milchsektor im Sommer und Herbst 2009 an. Der Vorschlag der niederländischen Delegation, dass die Zulassung zum Anbau von gentechnisch veränderten Organismen von den Mitgliedstaaten selbst entschieden, während der Import auf Europäischer Ebene geregelt werden soll, fand eine breite Zustimmung. Weitere Tagesordnungspunkte waren Aussprachen zur Bodenschutz-Rahmenrichtlinie, die Umstrukturierung im Zuckersektor und die elektronische Kennzeichnung von Schafen und Ziegen, bei der die Kommission eine Änderung der für 1. Januar 2010 beschlossenen obligatorischen Kennzeichnung zur Rückverfolgung ablehnt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/106902.pdf

BERICHT ÜBER EINZELSTAATLICHE STRATEGIEN FÜR DIE KOEXISTENZ GENTECHNISCH VERÄNDERTER, KONVENTIONELLER UND ÖKOLOGISCHER KULTUREN VERÖFFENTLICHT

Die Europäische Kommission hat einen Bericht über einzelstaatliche Strategien zur Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen veröffentlicht. Laut dem Bericht hat es bei der Einführung gentechnisch veränderter Kulturen keine praktischen Probleme gegeben. Derzeit spricht daher nichts dafür, von dem auf dem Subsidiaritätsprinzip basierenden Koexistenzkonzept abzuweichen. Die Kommission wird gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Interessensträgern weiterhin Empfehlungen für kulturspezifische Trennungsmaßnahmen ausarbeiten.

http://ec.europa.eu/agriculture/coexistence/index_en.htm

VERANSTALTUNG IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG „FORUM BERGLANDWIRTSCHAFT VON LÄNDERN DER ARGE ALP“

Für einen deutlichen Ausbau der Fördermaßnahmen in den Berggebieten sprachen sich Staatsminister *Helmut Brunner*, Landesrat für Landwirtschaft in Tirol *Anton Steixner*, Landesrat für Landwirtschaft in Südtirol *Hans Berger*, der



Assessore all'Agricoltura *Tiziano Mellarini* aus dem Trentino und der Landesrat für Landwirtschaft in Vorarlberg *Erich Schwärzler* im Rahmen einer Fachveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (ARGE ALP) in der Bayerischen Vertretung in Brüssel am 31. März 2009 aus. Die anwesende Kommissarin *Mariann Fischer Boel* zeigte sich gegenüber den Belangen und Besonderheiten der Berglandwirtschaft aufgeschlossen und würdigte die besonderen Gemeinwohlleistungen, die in diesen Gebieten erbracht werden. Die Redner waren sich einig, dass die Sonderrolle der Berglandbewirtschaftung innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Anerkennung finden muss und spezifische Förderinstrumente zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Veranstaltungsländer Bayern, Tirol, Südtirol, Trentino und Vorarlberg werden nun ihre Forderungen konkretisieren und im Rahmen einer internationalen Konferenz zur Berglandwirtschaft im Alpenraum am 10. Juli 2009 im Raum Garmisch-Patenkirchen vorstellen.

NEUE REGELN FÜR HERSTELLUNG UND KENNZEICHNUNG VON ROSÉ-WEIN

Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich im Verwaltungsausschuss für eine neue Vorschrift zur Kennzeichnung von Wein geeinigt. Als „traditioneller Rosé“ darf zukünftig nur Rosé-Wein bezeichnet werden, der nach traditionellen Verfahren gewonnen wurde. Rosé-Weine, die durch den Verschnitt von Weiß- und Rotwein gewonnen wurden, erhalten zukünftig die Angabe „durch Verschnitt hergestellter Rosé“. Außerdem können Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet vorschreiben, ob eine oder beide Angaben für die erzeugten Rosé-Weine zulässig sind. Bisher war in der EU der Verschnitt für „Tafelwein“ verboten. Die Verordnung sieht zudem vor, dass der Verbraucher in Zukunft über die Methode der Gewinnung von Rosé-Wein informiert werden muss.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/476&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

„DIE ZUKUNFT DER KLEINEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN KARTOFFEL-, GETREIDE- UND OBSTBRENNEREIEN IN DEUTSCHLAND NACH 2010“ – DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IN DER VERTRETUNG DES FREISTAATES BAYERN

Am 18. März 2009 fand ein Parlamentarischer Abend in der Vertretung des



Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel über die Zukunft der kleinen landwirtschaftlichen Kartoffel-, Getreide- und Obstbrennereien in Deutschland nach 2010 statt. Eingeladen hatten dazu der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, *Josef Huber* und der Vorsitzende der Union Deutscher Agraralkoholerzeuger und –verarbeiter Dipl. Ing. *Martin Empl*. Vor zahlreichen Gästen, darunter *Lars Hoelgaard*, stellvertretender Direktor der GD AGRI, sowie weiteren Vertretern der Kommission und des Europäischen Parlaments, brachten alle Redner zum Ausdruck, dass eine Verlängerung des Branntweinmonopols für das Überleben der klein- und mittelständischen Brennereien unerlässlich ist. Einig waren sie sich in der Forderung, dass auch in Zukunft kleine landwirtschaftliche Brennereien in Deutschland mit staatlichen Beihilfen unterstützt werden dürfen und dass diese traditionelle Produktions- und Wirtschaftsform weiter Bestand haben muss.

314 MIO EUR HILFE FÜR NAHRUNGSMITTEL

Die EU stellt für die Bewältigung der Nahrungsmittelkrise in 23 Entwicklungsländern insgesamt 314 Mio. EUR bereit. Das Geld solle unter anderem für Dünger und Saatgut ausgegeben werden. Die Mittel sind Bestandteil der Gesamtsumme von einer Milliarde EUR, die die EU Ende 2008 zur Bekämpfung der weltweiten Nahrungsmittelknappheit beschlossen hatte.

http://ec.europa.eu/development/index_en.cfm

KOMMISSION SCHREIBT VERTRAG ÜBER EVALUIERUNG DER GAP-MAßNAHMEN IM STÄRKE-, ZUCKER- UND BAUMWOLLSEKTOR AUS

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung für einen Rahmenvertrag über die Evaluierung der GAP-Maßnahmen im Stärke-, Zucker- und Baumwollsektor veröffentlicht.

http://ec.europa.eu/dgs/agriculture/tenderdocs/2009/79976/index_en.htm

MEHR SICHERHEIT BEI NEUARTIGEN LEBENSMITTELN

Am 25.03.2009 hat das EP mit großer Mehrheit (658 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen) die Neufassung der Verordnung über neuartige Lebensmittel (sog. „Novel-Food-Verordnung“) beschlossen. Im nächsten Schritt muss der Rat dem Gesetzestext noch zustimmen. Ziel der Verordnung ist es, bei Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Verbraucherschutz-



niveaus, die bestehenden Vorschriften für neuartige Lebensmittel zu harmonisieren und insbesondere das Zulassungsverfahren zu straffen. Nach den neuen Vorschriften sollen Lebensmittel, die Nanopartikel enthalten oder in denen geklonte Tiere oder deren Nachkommen verarbeitet sind, (noch) nicht zugelassen werden. Mithilfe von Nanotechnologie hergestellte, zugelassene Lebensmittel müssen jedenfalls klar gekennzeichnet werden, dabei sind die verwendeten Nanomaterialien in der Liste der Inhaltsstoffe aufzuführen und mit dem Zusatz „Nano“ zu versehen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0171+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KEINE NÄHRWERTPROFILE MEHR VOR DEN EP-WAHLEN

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP am 30.03.2009 in Brüssel teilte die GD SANCO der Kommission anlässlich einer mündlichen Anfrage mit, dass - u. a. wegen der andauernden Diskussionen innerhalb der Kommission - dem EP kein neuer Vorschlag zu den Nährwertprofilen vor den Wahlen im Juni vorgelegt werden könne, sondern erst dem neu konstituierten Parlament. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann keine klare Aussage darüber getroffen werden, für welche konkreten Produkte und nach welchen Kriterien Ausnahmen von den Nährwertprofilen gelten sollen und für welche nicht (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/claims/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

MINIPLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 01./02. APRIL 2009: PARLAMENT UNTERSTÜTZT NEUE ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIE / PARLAMENT STIMMT ERLEICHTERUNGEN BEI DER INANSPRUCHNAHME DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS ZU

Das Europäische Parlament (EP) hat am 02. April 2009 bei seiner Plenarsitzung in Brüssel erwartungsgemäß den Bericht über einen Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Ausweitung der Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung, sog. 5. EU-



Antidiskriminierungsrichtlinie, verabschiedet.

Mit breiter Mehrheit (604:16:4) hat das Europäische Parlament einen Verordnungsvorschlag der Kommission gebilligt, mit dem eine Vereinfachung für die Verwendung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingeführt werden soll.

In einem Initiativbericht des finnischen Abgeordneten *Hannu Takkula* (ALDE) konstatiert das Europäische Parlament, dass das Bildungsniveau von Kindern mit Migrationshintergrund schlechter ist als das ihrer Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Lehrern, Schülern und Eltern sollten deswegen Werkzeuge zur Überbrückung der kulturellen Unterschiede an die Hand gegeben werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/plenary_session_infopress/default/default_de.htm#box2009-03-23

ÄNDERUNG DES EUROPÄISCHEN GLOBALISIERUNGSFONDS: EINIGUNG ZWISCHEN RAT UND EUROPÄISCHEM PARLAMENT

Die tschechische Ratspräsidentschaft hat eine Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament über neue Bedingungen für die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Europäischen Globalisierungsfonds (EGF) erreicht. Mit dem aktuell vorgelegten Änderungsvorschlag werden Anspruchs- und Förderungsvoraussetzungen des EGF modifiziert. So wird der Schwellenwert für eine Förderung aus dem EGF von bisher 1.000 auf nunmehr 500 entlassene Arbeitnehmer eines Unternehmens herabgesetzt. Gleichzeitig werden der Kofinanzierungsanteil von bisher 50 % auf nunmehr 65 % und der mögliche Förderzeitraum von bisher 12 auf nunmehr 24 Monate erhöht.

<http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/news/globalisation-fund-will-help-alleviate-crisis-effects-16584/>

VORSCHLAG FÜR EINE RICHTLINIE ZUR GLEICHBEHANDLUNG VON MÄNNERN UND FRAUEN, DIE EINE SELBSTÄNDIGE ERWERBSTÄTIGKEIT AUSÜBEN: ABSTIMMUNG IM FRAUENAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Europäischen Parlaments hat auf seiner Sitzung am 31. März 2009 einen Bericht über den Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, angenommen. Die Berichterstatterin *Astrid Lulling*



(EVP-ED, LUX) konnte mit 23:0:2 Stimmen die Mehrzahl der Abgeordneten hinter ihrem Bericht vereinen.

VERMITTLUNGSVERFAHREN ZUR ARBEITSZEITRICHTLINIE

Auch die am 01. und 15. April 2009 abgehaltenen Verhandlungsrunden im Vermittlungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und Rat hat keine Einigung bei der Neufassung der Arbeitszeitrichtlinie gebracht. Strittig war dabei weiterhin eine mögliche Ausnahme von der prinzipiellen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche (sog. „opt-out“). Eine weitere Verhandlungsrunde ist für den 27./28. April 2009 geplant. Sollte es auch dann zu keiner Einigung kommen, wäre die Neufassung der Richtlinie gescheitert.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/048-53788-106-04-16-908-20090416IPR53787-16-04-2009-2009-false/default_de.htm

VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUR ÜBERARBEITUNG DER RAHMENBESCHLÜSSE ZUR BEKÄMPFUNG DES SEXUELLEN MISSBRAUCHS UND DES MENSCHENHANDELS

Die Europäische Kommission hat am 25. März 2009 zwei Vorschläge für neue Rahmenbeschlüsse zur verstärkten Bekämpfung von Menschenhandel, sexuellem Missbrauch von Kindern, sexueller Ausbeutung und Kinderpornografie vorgelegt. Diese neuen Vorschläge ersetzen die bestehenden Rahmenbeschlüsse, die seit 2002 bzw. 2004 in Kraft sind (s. hierzu den Bericht des StMJV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/news/justice/090325_1_de.htm

ARBEITSZEITVORGABEN FÜR SELBSTÄNDIGE LASTWAGENFAHRER: RAT ERREICHT EINIGUNG

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie der EU erreichte auf seiner Sitzung am 31. März 2009 eine Einigung bei der strittigen Arbeitszeitvorgabe für selbständige Kraftfahrer. Die Mehrheit der zuständigen EU-Verkehrsminister sprach sich dafür aus, dass selbständige Kraftfahrer von den geltenden Arbeitszeitregeln für EU-Lastwagenfahrer ausgenommen sein sollen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/107025.pdf



SCHLUSSANTRÄGE DES GENERALANWALTS: RIESTER-RENTE VERSTÖSST GEGEN EU-RECHT

Nach Auffassung des EuGH-Generalanwalts *Jan Mazak* in der Rechtssache C-269/07 (Kommission gegen Deutschland) beinhalten die Regelungen der sog. Riester-Rente Verstöße gegen das EU-Recht, u. a. würden die Regelungen zur Freizügigkeit von Unionsbürgern und Arbeitnehmern missachtet (s. hierzu den Bericht des StMF in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: VERHANDLUNGSSTAND ZUM STRATEGISCHEN RAHMEN FÜR BILDUNG UND AUSBILDUNG 2020

In der letzten Sitzung des EU-Bildungsausschusses vor dem Bildungsministerat am 12.05.2009 konnte eine weitgehende Einigung im Hinblick auf die Neugestaltung der EU-Bildungs Kooperation bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Dabei ist es gelungen, die von der Kommission geplante Verschärfung der Anwendung der offenen Methode der Koordinierung im Bildungsbereich zu verhindern. Die auf der Grundlage eines bayerischen Antrages erhobenen Forderungen des Bundesrates (vgl. BR-Drucksache 26/09 (Beschluss)) konnten zum größten Teil umgesetzt werden. Vorsorglich hat Deutschland dennoch einen generellen Prüfvorbehalt zu allen von der Kommission vorgeschlagenen europäischen Durchschnittsbezugswerten (*benchmarks*) eingelegt und wird ihn voraussichtlich bis zur Ratstagung aufrecht erhalten.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

OECD FORDERT DIE ABSCHAFFUNG UNIVERSITÄRER FAKULTÄTEN

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des European Policy Centre zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovationen 2009 bezeichnete *Dirk Van Damme*, Leiter des Zentrums für Forschung und Innovation im Bildungsbereich bei der OECD, die Fakultäten als „das konservativste Bollwerk gegen Wandel“. Es gelte, das derzeitige System der Aufteilung des Wissens in Fakultäten aufzulösen, wenn Europa es zu einem neuen Hochschulsystem bringen wollte, das Studierende mit wichtigen kritischen Fähigkeiten ausstatte, so *Van Damme*.



Ausführlich zur Veranstaltung:

http://www.create2009.europa.eu/about_the_year/debates/2nd_brussels_debate.html

AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN DES EUROPÄISCHEN INSTITUTS FÜR INNOVATION UND TECHNOLOGIE (EIT)

Das EIT veröffentlichte am 2. April 2009 die Auslobung der ersten "Knowledge and Innovation Communities" (kurz: KICs) sowie einen maßgeblichen Leitfaden zum Umgang mit Fragen des geistigen Eigentums. Anträge können in den Bereichen Klimawandel, erneuerbare Energien und zukünftige Informations- und Kommunikationsgesellschaften eingereicht werden. Weitere KICs werden voraussichtlich nicht vor 2011 ausgeschrieben.

<http://eit.europa.eu/kics-call.html>.

KOMMISSION UND WIRTSCHAFT VEREINBAREN PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIPS (PPP) FÜR FORSCHUNG UND INNOVATION

EU-Forschungskommissar *Janez Potočnik* und führende Wirtschaftsvertreter der Automobilindustrie, des Bau- und des verarbeitenden Gewerbes einigten sich, in Form von PPP zukunftsweisende Investitionen u.a. aus Mitteln des 7. Forschungsrahmenprogramms in umweltfreundliche Technologien zu tätigen. In einer gemeinsamen Erklärung traten die Partner für die Forschungsinitiativen „Fabrik der Zukunft“, „Energieeffiziente Gebäude“ und „Umweltgerechte Kraftfahrzeuge“ ein. Entsprechende Ausschreibungen sind für Juli 2009 angekündigt.

<http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=newsalert&lg=en&year=2009&na=ppp-310309>

BERICHT DER ARBEITSGRUPPE „MOBILITÄT VON SAMMLUNGEN“

Am 7. April 2009 berichtete die Arbeitsgruppe „Mobilität von Sammlungen“ des Kulturausschusses über die Einrichtung von Unterarbeitsgruppen zu den Fragen der staatlichen Entschädigung und Versicherung bei Ausstellungen, die Immunität vor Beschlagnahme von Kulturgütern (die sich in Ausleihe befinden), die langfristige Ausleihe, die Bekämpfung von Diebstahl und illegalem Handel und die Förderung der Mobilität von Experten. Die Arbeitsgruppe plane, Fragebögen zu den betreffenden Themen an die Mitgliedstaaten zu senden;



auf dieser Grundlage sollen dann schließlich konkrete Empfehlungen erarbeitet werden.

MANIFEST ZUM EUROPÄISCHEN JAHR DER KREATIVITÄT UND INNOVATION

Am 25. März 2009 empfing Kommissar *Ján Figel'* die 27 Repräsentanten der Mitgliedstaaten für das diesjährige Europäische Jahr der Kreativität und Innovation 2009 in Brüssel. Die Botschafter haben sich zum Ziel gesetzt, den Reformbedarf von gesellschaftlichen Bereichen zu identifizieren und Vorschläge in Form eines Manifestes mit sieben bis zehn Geboten für Investitionen zu unterbreiten, um optimale Bedingungen für Entwicklung und Entfaltung von Kreativität zu schaffen.

http://www.create2009.europa.eu/calendar_of_events/eu_events.html

KULTUR UND KREATIVITÄT ALS FAKTOREN DER ENTWICKLUNG

Das von der Kommission organisierte internationale Kolloquium "Culture et création, facteurs de développement" endete am 3. April 2009 mit der sog. "Déclaration de Bruxelles des Artistes, des Professionnels et des Entrepreneurs de la Culture", welche die wirtschaftlichen Initiativkräfte, die von kulturellen Aktivitäten freigesetzt werden, betonte. Es gelte, konsequent kulturelle Aspekte bei der Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen. Die Konferenzsprachen waren lediglich Französisch, Englisch und Portugiesisch.

Detaillierte Informationen:

<http://www.culture-dev.eu>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 23.-26.03. UND VOM 01.-02.04.2009; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 23. bis 26.03.2009 in Straßburg und vom 01. bis 02.04.2009 in Brüssel u. a. eine novellierte Ozon-Verordnung, eine Richtlinie zum Inverkehrbringen von Biozid-Produkten, Verordnungen zum Ökozeichen und Umweltauditsystem EMAS, Entschlüsse über die Gesundheitsproblematik in Zusammenhang mit elektromagnetischen Feldern, Verordnungen über Kosmetika, zur Sicher-



heit von Novel-Food sowie zu Höchstmengen von Pharmastoffen in Lebensmitteln angenommen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/plenary_session_infopress/default/default_de.htm#box2009-03-23

TAGUNG DES RATES DER AGRARMINISTER AM 23./24.03.2009 IN BRÜSSEL

Am 23./24.03.2009 tagte der Rat der Europäischen Union für Landwirtschaft und Fischerei (Agrar-Rat) in Brüssel. Dabei wurden u. a. die Themen Anbauverbote von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und die Bodenschutzrahmen-Richtlinie unter sonstigen Themen der Tagesordnung diskutiert (s. hierzu den Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/106902.pdf

RAT VERABSCHIEDET KLIMA- UND ENERGIEPAKET

Am 06.04.2009 hat der Ministerrat formal dem Klima- und Energiepaket zugestimmt. Dieses war zuvor nach intensiver Diskussion vom EP im Dezember 2008 in 1. Lesung angenommen worden und beruht auf der kurz zuvor erreichten Einigung der Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat (s. EB Nr. 22/2008). Das Gesetzespaket umfasst insgesamt sechs Teilmaßnahmen, die den Emissionszertifikatehandel, die Reduktion von Treibhausgasemissionen in Bereichen außerhalb des Emissionshandelssystems, die Abtrennung und geologische Speicherung von CO₂, die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien, die Qualität von Kraftstoffen und die Reduzierung von CO₂-Emissionen für neue Personenkraftwagen betreffen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/misc/107136.pdf

KONSULTATION ZUM EU-KLIMASCHUTZBERICHT

Die Kommission hat am 23.03.2009 eine Konsultation zum 5. Bericht der EU an den UNFCCC zum Klimaschutz (UNFCCC, "United Nations Framework Convention on Climate Change") gestartet. Interessierte Kreise sind aufgerufen, ihre Beiträge bis 04.05.2009 einzureichen.

http://ec.europa.eu/environment/consultations/submit_unfccc_en.htm
http://ec.europa.eu/environment/consultations/unfccc_en.htm



WEISSBUCH – ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Die Kommission hat am 01.04.2009 das lange angekündigte Weißbuch KOM(2009) 147/4 "Anpassung an den Klimawandel: ein europäischer Aktionsrahmen" vorgestellt. Darin schlägt sie u. a. eine engere Abstimmung der Mitgliedstaaten beim Klimaschutz vor und will hierfür bis 2011 eine gemeinsame EU-Datenbank mit Informationen über den Klimawandel und mögliche Anpassungsstrategien aufbauen bzw. einrichten.

http://ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/pdf/com_2009_147_en.pdf

http://ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/index_en.htm

KEINE NÄHRWERTPROFILE MEHR VOR DEN EP-WAHLEN

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP am 30.03.2009 in Brüssel teilte die GD SANCO der Kommission anlässlich einer mündlichen Anfrage mit, dass - u. a. wegen der andauernden Diskussionen innerhalb der Kommission - dem EP kein neuer Vorschlag zu den Nährwertprofilen vor den Wahlen im Juni vorgelegt werden könne, sondern erst dem neu konstituierten Parlament. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann keine klare Aussage darüber getroffen werden, für welche konkreten Produkte und nach welchen Kriterien Ausnahmen von den Nährwertprofilen gelten sollen und für welche nicht.

http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/claims/index_en.htm

NEUE REGELN FÜR HERSTELLUNG UND KENNZEICHNUNG VON ROSÉ-WEIN

Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich im Verwaltungsausschuss für eine neue Vorschrift zur Kennzeichnung von Wein geeinigt. Als „traditioneller Rosé“ darf zukünftig nur Rosé-Wein bezeichnet werden, der nach traditionellen Verfahren gewonnen wurde. Rosé-Weine, die durch den Verschnitt von Weiß- und Rotwein gewonnen wurden, erhalten zukünftig die Angabe „durch Verschnitt hergestellter Rosé“. Außerdem können Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet vorschreiben, ob eine oder beide Angaben für die erzeugten Rosé-Weine zulässig sind. Bisher war in der EU der Verschnitt für „Tafelwein“ verboten. Die Verordnung sieht zudem vor, dass der Verbraucher in Zukunft über die Methode der Gewinnung von Rosé-Wein informiert werden muss (s. hierzu den Beitrag des StMELF in diesem EB).



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/476&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

**RAT FÜR TRANSPORT, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE AM
30./31. MÄRZ 2009 IN BRÜSSEL: FORDERUNG NACH EINER
BARRIEREFREIEN INFORMATIONSGESELLSCHAFT**

Am Dienstag, den 31. März 2009 tagte der Rat für Transport, Telekommunikation und Energie unter dem Vorsitz des tschechischen Ministers für Transport, Ivan Langer, in Brüssel. Dabei billigte der Rat die von der Kommission aufgezeigten Schritte der Kommissionsmitteilung vom 1. Dezember 2008 über eine „zugänglichere“ bzw. offenere Informationsgesellschaft.

<http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/council-conclusions/>

**RAT FÜR TRANSPORT, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE AM
30./31. MÄRZ 2009 IN BRÜSSEL: INFORMATIONSGESAMT- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN TROTZ KRISE WEITER WACHSTUMSTRÄGER -
INTERNET IM LÄNDLICHEN RAUM FÖRDERN**

Der Rat für Transport, Telekommunikation und Energie vom 31. März 2009 in Brüssel führte auch einen Gedankenaustausch zum Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Sektor der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien. Dabei wurde unterstrichen, dass der Sektor weitgehend der Krise trotze und appelliert, das Potenzial des Sektors zur Überwindung der Krise zu nutzen, insbesondere durch zügigen Ausbau des Internets im ländlichen Raum.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/09/73&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://www.euractiv.com/de/informationgesellschaft/eu-telekommunikation-wachstum-trotz-krise/article-180676>

**NUTZUNG VON MOBILTELEFONEN AN BORD VON FLUGZEUGEN VON
NUN AN MÖGLICH**

Aufbauend auf die im April 2008 von der Kommission herausgegebenen Regeln für die Harmonisierung der Bedingungen für Mobiltelefondienste an Bord von Flugzeugen innerhalb der EU (vgl. EB 08/08), bieten eine Reihe von euro-



päischen Fluggesellschaften diesen Dienst nunmehr an. Verschiedene Einschränkungen sollen dabei sicherstellen, dass die Nutzung der Geräte kompatibel mit der Flugzeugausrüstung sowie den Bordsystemen ist und dass sie keine funktechnischen Störungen mit terrestrischen Mobilfunknetzen hervorruft. Des Weiteren wurde eine Empfehlung für einheitliche Genehmigungsverfahren erlassen, welche die gegenseitige Anerkennung einzelstaatlicher Genehmigungen bei grenzüberschreitenden Flügen erleichtern soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/526&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

FORTSCHRITTSBERICHT ZU CONTENT-ONLINE ERWARTET

Aufbauend auf eine Mitteilung von 2008 zur Verbreitung von kreativen Online-Inhalten, in der die Kommission erforderliche Maßnahmen ermittelt in den Bereichen „Verfügbarkeit kreativer Inhalte“, „gebietsübergreifende Lizenzen für kreative Inhalte“, „Interoperabilität und transparente Systeme zur Verwaltung digitaler Rechte (DRM-Systeme)“ und „legale Angebote und Piraterie“, wird in naher Zukunft ein Fortschrittsbericht erwartet.

ZEITPLAN FÜR VERABSCHIEDUNG DES TELEKOM-PAKETS VERSCHOBEN

Die Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsdienste und -netze (sog. „Telekom-Paket“) befindet sich in der entscheidenden Schlussphase. Die Trilogverhandlungen führten bislang zu einer Lösung fast aller unterschiedlichen Auffassungen zwischen Rat und Parlament. In einigen wenigen Streitfragen ist bisher jedoch kein Kompromiss gefunden worden, weshalb die Abstimmung im für einen wichtigen Teilbereich federführenden Industrieausschuss vom 31. März auf den 21. April verschoben wurde.